



EIN NEUER SOZIALPAKT? DIE REFORM DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT DIE RENTENREFORM

■ Analyse		
	Auf der Suche nach einem neuen Sozialpakt? Heiko Pleines, Bremen	2
■ Kommentar		
	Die Wohnungswirtschaft. Ein „Schutzgebiet“ für die Planwirtschaft. Jewgenij Jasin, Moskau	4
■ Grafiken zum Text		
	Die Reformen in der Kommunal- und Wohnungswirtschaft im Blick der öffentlichen Meinung	6
■ Kommentar		
	Die Rentenreform. Anlass zu vollauf berechtigter Sorge. Jewgenij Jasin, Moskau	8
<hr/>		
■ Chronik		
	Chronik vom 1. bis zum 19. Januar 2006	10
<hr/>		
■ Lesehinweis		
	Neu: Ukraine-Analysen	12

Analyse

Auf der Suche nach einem neuen Sozialpakt?

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

In Russland zeichnet sich seit dem letzten Sommer ein neuer innenpolitischer Trend ab. Zum ersten Mal seit den 1970er Jahren ist die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung wieder ein zentrales Thema von Politik. Präsident Putin hat vier vorrangige nationale Projekte ins Leben gerufen, die erhebliche Finanzmittel erhalten. Viele Kommentatoren sehen Putin mit seiner Initiative auf der Suche nach einem neuen Sozialpakt mit der Bevölkerung. Ähnlich wie in der Sowjetunion unter Breschnew sollen soziale Stabilität und bescheidener Wohlstand die Bevölkerung mit dem politischen System versöhnen. Am Erfolg der sozialen Offensive sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht.

Ein neuer Trend

In Russland zeichnet sich seit dem letzten Sommer ein neuer innenpolitischer Trend ab. Zum ersten Mal seit den 1970er Jahren ist die Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung wieder ein zentrales Thema von Politik. So erklärte Finanzminister Alexej Kudrin mit Bezug auf die mittlerweile von vielen nostalgisch verklärte Breschnew-Periode: „Ab 2008 werden wir besser als in der historischen Periode leben, an die sich Ärzte und Lehrer älterer Generation noch erinnern können. Dies wird der bislang höchste Lebensstandard in Russland.“

Diese Trendwende ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Zum einen bedeutet sie eine Abkehr von der bisher unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin verfolgten liberalen Konzeption, die auf den Abbau von Sozialleistungen und die Betonung von Eigenverantwortung setzte. Zum anderen zeigt sie, welche finanziellen Möglichkeiten durch den Wirtschaftsboom entstanden sind.

Im August legte die Regierung einen Haushaltsentwurf für 2006 vor, der die höchsten prozentualen Steigerungen für Ausgaben im sozialen Bereich vorsah. Subventionen für die Kommunalwirtschaft sollten um über 200% steigen, Ausgaben für das Gesundheitswesen um immerhin 80%. Die Ausweitung der Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit, die in ersten Kommentaren betont wurde, betrug hingegen „nur“ gut 20%.

Im September präsentierte Putin dann im Rahmen eines medial groß inszenierten Treffens mit Vertretern von Regierung, Parlament und Regionen zentrale „nationale Projekte“, die bis 2008 die soziale Lage der Bevölkerung deutlich verbessern sollen. Sie konzentrieren sich auf das Gesundheitswesen, die Kommunalwirtschaft und den Bildungssektor. Später kam als vierter Schwerpunkt die Förderung des ländlichen Raumes (Landwirtschaft) hinzu. Allein für 2006 sind im Rahmen dieser vier Projekte zusätzliche

Ausgaben von über 5 Milliarden Euro vorgesehen.

Ursachen

Diese Hinwendung zu sozialen Fragen hat eine Reihe von Ursachen. Rein machtpolitisch markiert sie eine weitere Niederlage des wirtschaftsliberalen Lagers in der russischen Regierung. Genau wie etwa bei der Regulierung der Erdölwirtschaft werden die Vertreter von freiem Wettbewerb und Eigenverantwortung auch im Bereich der Sozialpolitik zurückgedrängt. Der schwindende Einfluss der Wirtschaftsliberalen manifestierte sich Ende des Jahres auch im Rücktritt des liberalen Präsidentenberaters Andrej Illarionow.

Taktisch ist das neue Sozialprogramm zugleich eine Reaktion auf die Proteste gegen die Anfang 2005 eingeführte Monetarisierung staatlicher Sozialleistungen. Gerade durch ihre zeitliche Nähe zu den Protesten, die in Georgien, der Ukraine und Kirgistan Regierungen zu Fall brachten, wurden die Proteste von vielen in der russischen Führung anscheinend als Alarmsignal verstanden. Bereits zum März wurden von der Regierung spontan die Renten erhöht. So ist es auch kein Zufall, dass sowohl die nationalen Projekte selber als auch die Rhetorik der Regierung auf das Jahr 2008 und damit auf den Zeitpunkt der nächsten Präsidentenwahl angelegt sind.

Möglich wird das Sozialprogramm aber erst durch den Ölboom, der dem Staat immense Mehreinnahmen beschert hat. Der Stabilisierungsfond, in den ein großer Teil dieser Mehreinnahmen bisher inflationsneutral abgeführt wird, hatte Ende Dezember eine Höhe von 40 Milliarden Euro erreicht. Nachdem der russische Staat einen großen Teil seiner Außenschulden vorzeitig zurückgezahlt hat, kommt jetzt das Sozialprogramm zum Zuge.

Alle diese Aspekte spielen sicher eine Rolle, insbesondere auch für die Wahl des Zeitpunktes der sozialen Offensive. Als strategisches Ziel hat Putin stabile und ausreichende Sozialleistungen aber be-

reits seit seinem Amtsantritt im Jahre 2000 betont. Grundsätzlich galt sein Augenmerk dabei der Rolle der Bevölkerung als Wirtschaftsressource, im Sinne von Humankapital, und nicht der individuellen Wohlfahrt. Dementsprechend zielen auch die aktuellen nationalen Projekte weniger auf Armutsbekämpfung als vielmehr auf die Förderung eines wirtschaftlich leistungsfähigen Mittelstandes. Genau aus diesem Grund ist etwa das Bildungswesen in Putins Verständnis zentraler Bestandteil einer sozial orientierten Politik. Weitere wesentliche Maßnahmen sind handfeste Lohnerhöhungen im Gesundheits- und Bildungswesen und die Förderung von Wohnungseigentum durch ein Darlehensprogramm. Ebenfalls vorgesehen ist eine Verbesserung der medizinischen Versorgung. Das Ende Dezember vom Wirtschaftsministerium ausgegebene Ziel der Armutsbekämpfung ist hingegen bescheiden. Die Zahl der Menschen, die unter der Armutsschwelle leben, soll von 14% im Jahre 2006 auf 9% im Jahre 2010 reduziert werden. Diesen Effekt dürften die kontinuierlich hohen Ölpreise bereits ohne besonderes staatliches Zutun bewirken.

Herausforderungen

Die Umsetzung von Putins sozialer Offensive stellt die Regierung allerdings vor erhebliche Herausforderungen. Erstens wirken die nationalen Projekte teilweise improvisiert. Widersprüche zeigen sich etwa daran, dass die dringend erforderliche Rentenreform durch die neuen Maßnahmen zum Stillstand gekommen ist, oder daran, dass die Kommunalwirtschaft zwar mehr Subventionen zu erhalten scheint, aber keine durchgreifende Reform ihrer ineffizienten Organisationsform vorgesehen ist. Wie wenig zusätzliche Gelder allein in beiden Fällen bewirken können, erläutert Jewgenij Jasin in seinen Kommentaren, die auf diesen Beitrag folgen.

Hinzu kommt, dass gerade die für die nationalen Projekte ausgewählten Bereiche Gesundheitswesen und Bildungswesen von weit verbreiteter Korruption geplagt werden. Nach der neuen Studie des Fond INDEM liegt die Wahrscheinlichkeit, im Gesundheitswesen mit Korruption konfrontiert zu werden bei fast 40%, an Hochschulen sogar bei über 50%. Die entsprechenden Bestechungsleistungen werden auf 400 Mio. Dollar bzw. 580 Mio. Dollar geschätzt. Dies sind die mit Abstand größten Summen im Bereich der Alltagskorruption. (siehe Russlandanalyse Nr.78)

Präsident Putin hat wiederholt mit starken Worten gemahnt, die Gelder der nationalen Projekte dürften nicht „wie üblich“ in irgendwelchen Taschen verschwinden. Wie üblich setzt Putin aber auch hier auf verstärkte Kontrolle von oben. So ist die

Ernennung des Leiters der Präsidialadministration, Dmitrij Medwedjew, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Zuständigkeit für die nationalen Projekte zu verstehen.

Ein zentrales Problem ist aber auch, dass die staatlichen Gelder im Vergleich zu den Aufgaben gering sind. Allein die ursprünglich angekündigten Lohnerhöhungen für alle Beschäftigten im staatlichen Gesundheits- und Bildungswesen würden sich auf 10 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Die Kosten für die Modernisierung im Bildungswesen werden auf mindestens 4 Milliarden geschätzt. Die geplante Ausweitung des Wohnungsbaus um ein Drittel im Rahmen von Darlehensprogrammen wird mit 5 Milliarden Euro veranschlagt. Die Modernisierung des Gesundheitswesens oder die nachhaltige Erhöhung von Renten und Sozialleistungen dürften weitaus größere Summen erfordern.

Selbst die 40 Milliarden Euro des Stabilisierungsfonds erscheinen damit nicht mehr so hoch. Darüber hinaus würde eine derartige Steigerung staatlicher Ausgaben über starken Inflationsdruck ein erhebliches makroökonomisches Ungleichgewicht bewirken. Hinzu kommt, dass diese Aufgaben langfristig angelegt sind. Eine Rücknahme von Gehaltserhöhungen im Falle deutlich sinkender Ölpreise dürfte der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln sein.

In Reaktion auf die begrenzten Möglichkeiten des Staates fordert Putin schon länger die verstärkte Übernahme „sozialer Verantwortung“ durch die Wirtschaft. In der Praxis sieht das so aus, dass die ehemals (oder immer noch bzw. bald wieder) staatlichen Unternehmen erneut die soziale Infrastruktur übernehmen, die sie in den 1990er Jahren im Rahmen ihrer Modernisierung und Marktorientierung aufgegeben haben. Mitte Dezember schlossen die Ölfirma Lukoil und der Gouverneur der Region der Chanten und Mansen ein Abkommen, das vorsieht soziale Objekte, wie Wohnhäuser, medizinische, Bildungs- und Sporteinrichtungen sowie Objekte der Kommunalwirtschaft, zu bauen und zu rekonstruieren. Lukoil investiert in dieses Programm 38 Millionen Euro, während sich die Ausgaben der Region für soziale Infrastruktur auf 15 Millionen Euro beschränken.

Ausblick

Viele Kommentatoren sehen Putin mit seiner sozialen Initiative auf der Suche nach einem neuen Sozialpakt mit der Bevölkerung. Ähnlich wie in der Sowjetunion unter Breschnew sollen soziale Stabilität und bescheidener Wohlstand die Bevölkerung mit dem politischen System versöhnen. Dementsprechend wurde die Übergabe der Verantwortung für diese In-

initiative an Medwedjew auch sofort von Spekulationen begleitet, er solle Putins Nachfolger werden. In Anbetracht der zu erwartenden Probleme bei der Umsetzung der Projekte, mag es jedoch auch sein, dass Medwedew *de facto* bereits zum Sündenbock ausgewählt worden ist.

Selbst ein Erfolg der Projekte dürfte jedoch nicht ausreichen, um der Erwartungshaltung der russischen Bevölkerung gerecht zu werden. Um anstelle resignierter Akzeptanz durch die Bevölkerung, wie sie

in der Russlandanalyse Nr. 84 beschrieben wurde, einen echten Sozialpakt zu erreichen, muss auch die Wirtschaft in den Dienst der sozialen Offensive gestellt werden. Dass die soziale Offensive nach dem (weitgehenden) Ende der Jukos-Affäre beginnt, ist dementsprechend durchaus folgerichtig. Was diese Strategie allerdings längerfristig für die russische Wirtschaft bedeutet, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa.

Lesetipps

- J.R. Kluegel; D.S. Mason: Fairness Matters: Social Justice and Political Legitimacy in Post-communist Europe, in: *Europe-Asia Studies*, 56.2004, Nr. 6, S. 813–834.
- H. Pleines; H.-H. Schröder (Hrsg.): *Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen für Russland*, Bremen: FSO Bremen November 2004 (= Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Arbeitspapiere und Materialien. Nr. 62), 113 S. <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP62.pdf>
- L. Skyner: Rehousing and Refinancing Russia: Creating Access to Affordable Mortgaging, in: *Europe-Asia Studies*, 57.2005, Nr. 4, S. 561–581.

(Die Russlandanalysen werden in den kommenden Monaten in loser Reihenfolge Beiträge zu den zentralen sozialen Fragen bringen)

Kommentar

Die Wohnungswirtschaft. Ein „Schutzgebiet“ für die Planwirtschaft

Jewgenij Jasin, Higher School of Economics, Moskau

Die Reform der Wohnungswirtschaft ist in Russland schon seit 1997 in Gange. Seitdem nimmt die Bevölkerung sie fast ausschließlich als Erhöhung der Nebenkosten für kommunale Dienstleistungen wahr und die Reform ist so zu einem wahren Schreckgespenst geworden. Anfangs war es tatsächlich das Ziel der Reform, die Zahlungen der Bevölkerung für die Wohnungsnebenkosten auf ein kostendeckendes Niveau anzuheben. Erst im Jahr 2002 brachte Wirtschaftsminister German Gref als erstes Regierungsmitglied den Mut auf, zu sagen, dass dies nicht das alleinige Ziel der Reform sein sollte, und die Zahlungsfähigkeit aller Bevölkerungsschichten berücksichtigt werden müsse. (Juri Lushkow, der Bürgermeister von Moskau, hatte dies übrigens schon immer gesagt.)

Heute, nach Annahme des neuen Wohnungsgesetzbuches, sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. So nehmen etwa Hypothekenkreditgeschäfte zu. Im Ganzen müssen wir aber eingestehen, dass die Wohnungswirtschaft nach wie vor ein „Naturschutzgebiet“ für die Planwirtschaft, eine Art sowjetischer Enklave, ist. Warum ist dies so? Es geht hier um den Übergang von der planwirtschaftlichen Lenkung der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen Management. Die grundlegenden Charakteristika der beiden Entwürfe werden in Tabelle 1 auf der nächsten Seite dargestellt.

Es ist offensichtlich, dass die beiden Entwürfe unvereinbar sind. Das einzige, was sie gemein haben, ist, dass die Versorgungsnetzwerke natürlichen lokalen Monopolen unter der Kontrolle der Kommunen

gehören, solange keine autonomen Systeme geschaffen werden (eigene Heizkesselräume, Generatoren, usw.). Das erste Modell ist ineffektiv, wie unsere sowjetische Erfahrung beweist. Der Übergang zum zweiten Modell ist aber nicht leicht. Zwei zentrale Problemkreise sollen zur Veranschaulichung hier kurz aufgezeigt werden.

Der erste Problemkreis: Wenn auf die Verbraucher 100% der kommunalen Ausgaben umgelegt werden sollen, wird es erforderlich sein, die Armen zu subventionieren. Geschieht dies über direkte Subventionen, so werden diese für diese Bevölkerungsschicht schnell zur Haupteinkommensquelle und dadurch wird die Motivation zu arbeiten eliminiert. Werden stattdessen die Löhne und Renten erhöht, damit die Menschen ihre Wohnungen bezahlen können, entsteht zum ei-

nen Inflationsdruck und zum anderen das Problem der nicht-zweckgebundenen Verwendung dieses zusätzlichen Einkommen durch Haushalte, die es nicht gewöhnt sind, ihre Nebenkosten zu bezahlen.

Alternativ wäre auch eine evolutionäre Entwicklung möglich: Sowohl die Einkommen der Bevölkerung als auch die Ausgaben für die kommunalen Dienstleistungen steigen gleichzeitig und sozusagen ohne direkte Verbindung. Dann wird allerdings die Unzufriedenheit mit der Reform deutlich zunehmen, weil die erhöhten Nebenkosten das zusätzliche Einkommen auffressen. Darüber hinaus erwecken diese Preissteigerungen den Eindruck, dass sie nur der Bereicherung der kommunalen Betriebe zu Lasten der wehrlosen Verbraucher dienen. Widerstand gegen die Reform ist garantiert. Er findet auch schon statt. (Siehe dazu die Grafiken auf den Seiten 6 bis 8)

Der zweite Problemkreis: Die Kosten der kommunalen Dienstleistungen müssen gesenkt werden, wofür es ein großes Potenzial gibt. Dazu ist aber marktwirtschaftlicher Wettbewerb nötig, was wiederum freie Preisgestaltung auf dem Markt der kommunalen Dienstleistungen impliziert. Es gibt die Meinung, die sogar vom Leiter der staatlichen Elektrizitätsholding, Anatoli Tschubais, geteilt wird, dass die heutigen Preise für kommunale Dienstleistungen hoch genug sind, um für die private Wirtschaft interessant zu sein. Vielleicht ist das so, aber irgendwie reißt sich die Wirtschaft noch nicht um diese „Goldgrube“. (Wenn dem so wäre, wäre auch eine Marktreform nicht mehr nötig).

Die erforderliche freie Preisgestaltung kann aber nicht zugelassen werden, wenn die Einkommen der privaten Haushalte nicht ihre Ausgaben für Wohnraum decken. Das Problem, das durch niedrige Einkommen (vor allem der staatlichen Angestellten)

und Renten verursacht wird, liegt auf der Hand. Solange die Kommunalwirtschaft subventioniert wird ist aber auch die Bewahrung einer hierarchischen Monopolstruktur unvermeidlich, bei der niemand an Reformen interessiert ist: Es ist gut, wenn man Geld aus dem Staatshaushalt erhält, dieses mit den städtischen Beamten teilt und in Abwesenheit von Konkurrenz die Preise für kommunale Dienstleistungen zum Ausgleich erhöhen kann.

Darüber hinaus hat die kostenlose Privatisierung von Wohnungen in den 1990er Jahre zu einem weiteren Problem geführt. Die Kondominien und Genossenschaften von Wohnungsbesitzern, die die neuen Eigentümer auf dem Markt für kommunale Dienstleistungen vertreten sollen, sind nicht so verbreitet wie es nötig wäre (mit Ausnahme des Bereichs der Luxuswohnungen). Private Immobilienbesitzer, die ein Geschäft in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft aufbauen könnten, werden bei kontrollierten Preisen in einem Großteil des Wohnraumes auch nicht zu einem Massenphänomen. Es ist offensichtlich, dass die Inkompatibilität des vorhandenen und des neuen Modells, mangelndes Interesse und Widerstand gegen die Reform sowohl auf Seiten der Bewohner als auch der Betriebe der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft dazu führen, dass die Institutionen, die die Reform schaffen soll, abgelehnt oder pervertiert werden.

Eine Lösung für diese Probleme muss auch außerhalb der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft gesucht werden, insbesondere in der Lohnpolitik, der Energiewirtschaft und der Aktivierung der lokalen Selbstverwaltung. Stattdessen wird jedoch Details besondere Aufmerksamkeit geschenkt, deren Lösung nicht zu ernsthaften Fortschritten führt.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines

Tabelle 1: Zwei Modelle der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft

	Planwirtschaft (das sowjetische Modell)	Marktwirtschaft
Finanzierung	Wohnungsbau und -nutzung werden vom Staat finanziert. Der Preis für kommunale Dienstleistungen (Nebenkosten) ist symbolisch.	Erwerb und Nutzung von Wohnraum werden von den Besitzern bezahlt – von Unternehmern, die den Wohnraum vermieten, oder den Bewohnern selbst.
Lohnmodell	Löhne und andere monetäre Einkommen der Bevölkerung decken nicht die Ausgaben für Wohnraum. Diese werden extra vom Staat finanziert (subventioniert). Die Löhne sind künstlich niedrig, die Bürger sind an kostenlose Dienstleistungen und Vergünstigungen gewöhnt.	Die Löhne decken die Ausgaben für Erwerb und Miete von Wohnraum, ungefähr ein Drittel des Einkommens von Lohnempfängern wird hierfür aufgewendet. Sie suchen sich Wohnraum entsprechend ihrem Einkommen.
Management der Wohnungswirtschaft	Hierarchische Struktur: municipale Behörden, Hausverwaltungen oder kommunale Einheitsbetriebe unter staatlicher Verwaltung.	Geflecht von marktwirtschaftlichen Beziehungen: Wettbewerb zwischen kommunalen Dienstleistern gegenüber den Konsumenten bzw. den Immobilienbesitzern.

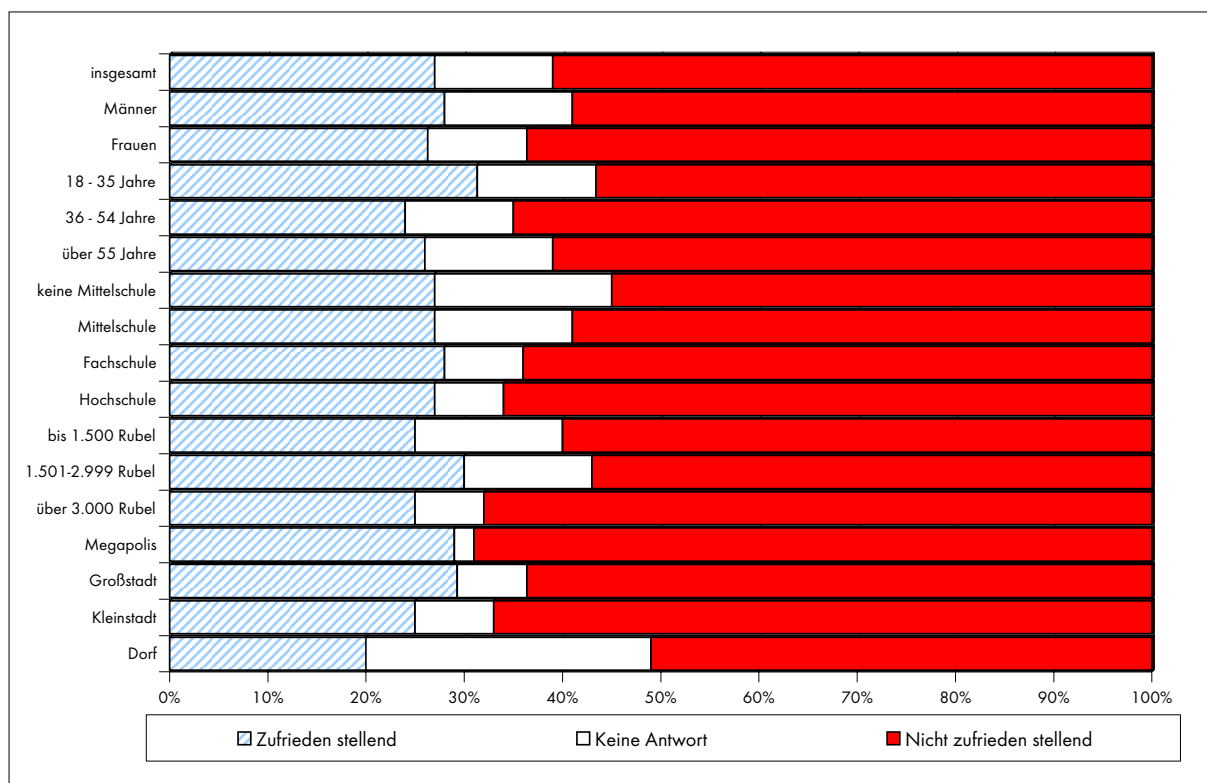
Grafiken zum Text

Die Reformen in der Kommunal- und Wohnungswirtschaft im Blick der öffentlichen Meinung

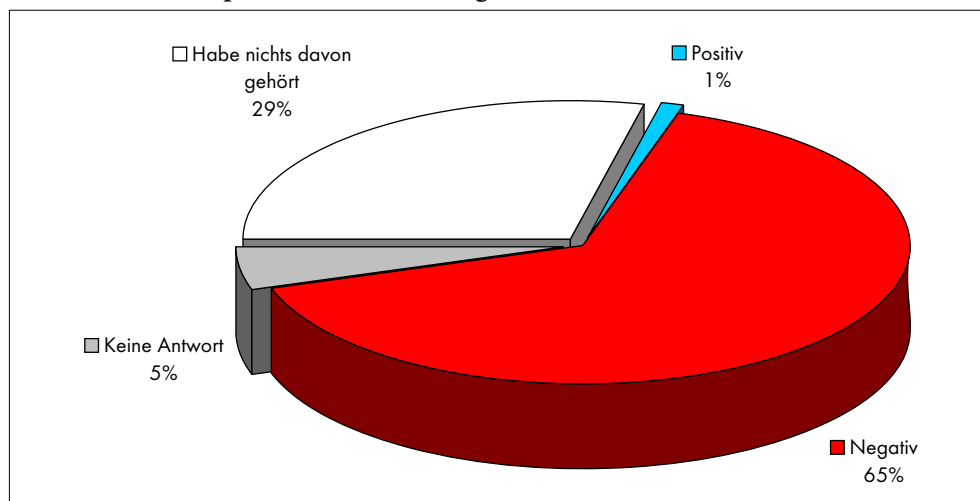
Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) am 17.–18. Dezember 2005

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0551/domt0551_1/ib055109

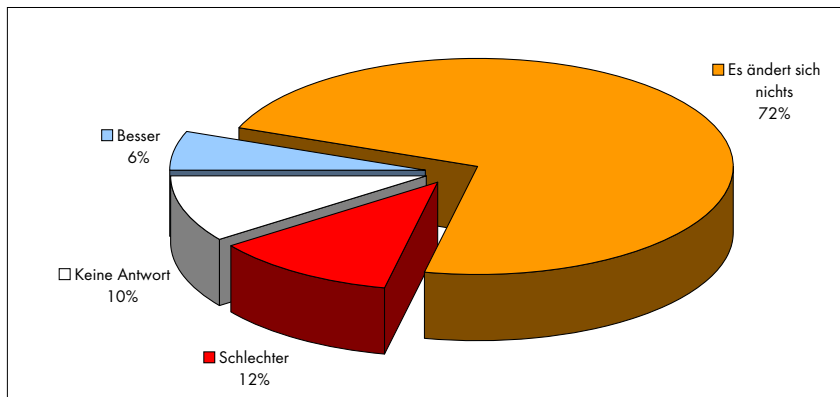
Wie bewerten Sie die Dienstleistungen des Wohnungs- und Kommunalsektors in Ihrem Haus?



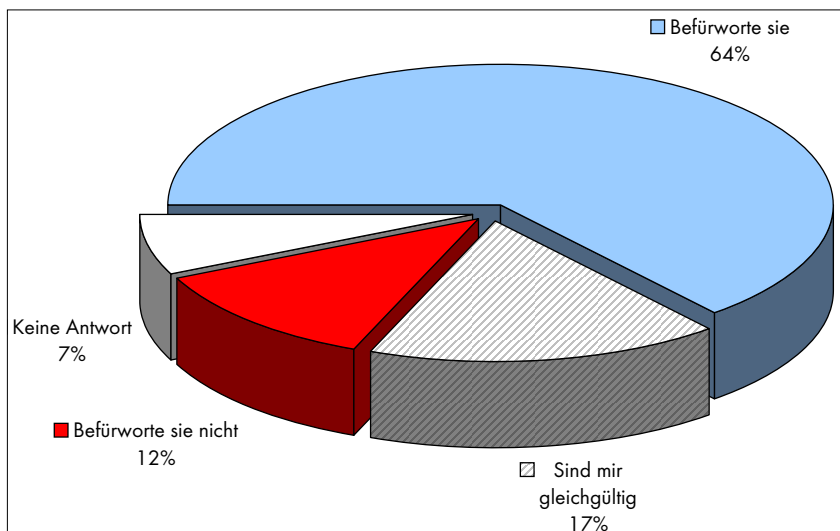
Haben Sie gehört, dass im Wohnungs- und Kommunalsektor volle Bezahlung eingeführt werden soll? Gab es dazu mehr positive oder mehr negative Kommentare?



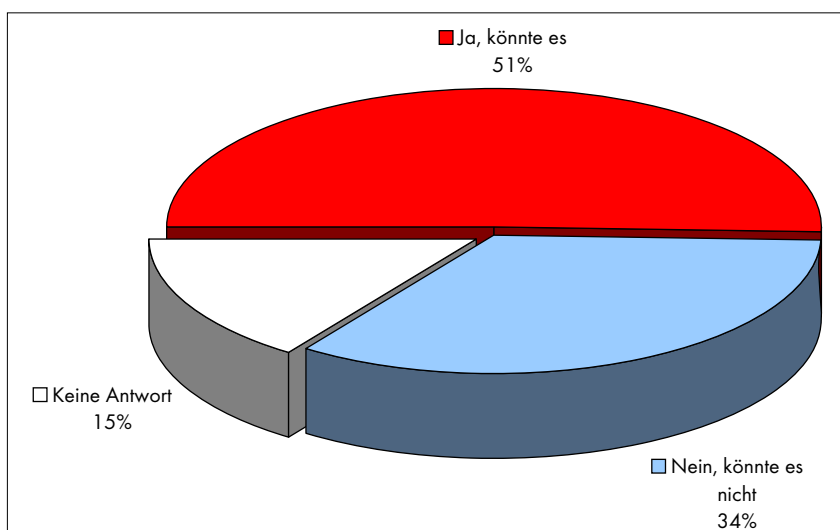
Wie werden sich die Dienstleistungen im Wohnungs- und Kommunalsektor nach Einführung der 100-prozentigen Bezahlung verändern?



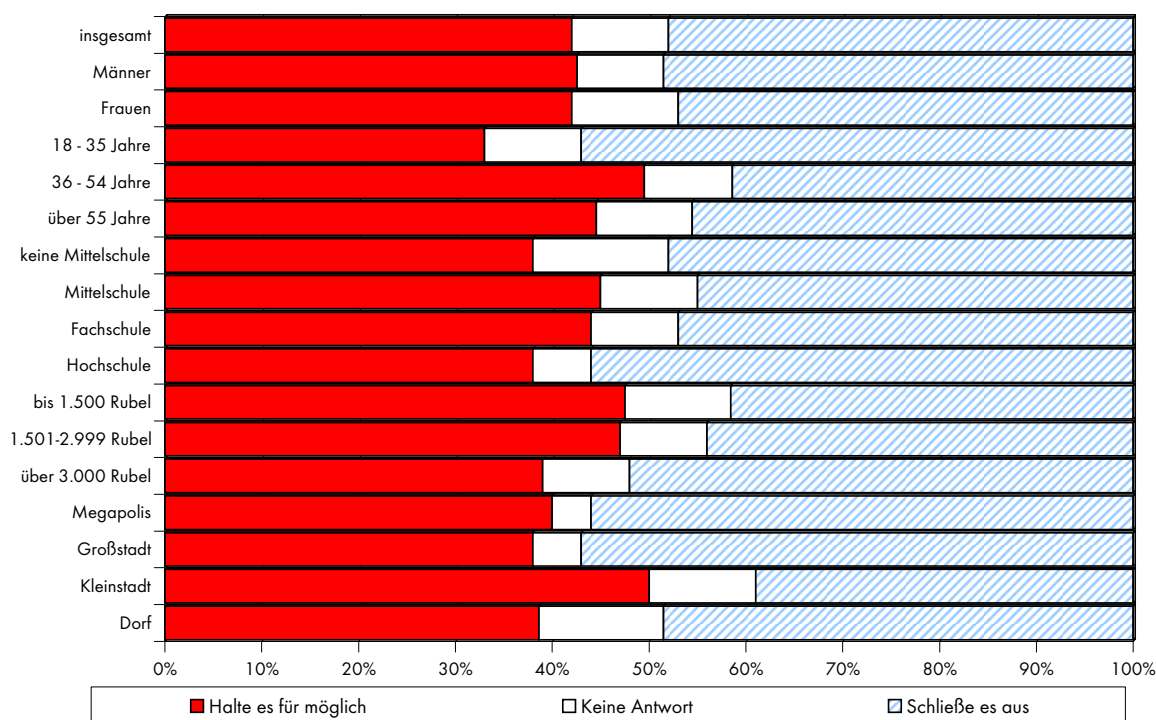
Wie stehen Sie zu Protesten wegen der steigenden Preise im Wohnungs- und Kommunalsektor?



Könnte es dort, wo Sie wohnen, zu Massenprotesten wegen der Preiserhöhung für die Dienstleistungen im Wohnungs- und Kommunalsektor geben?



Würden Sie persönlich an den Protesten wegen der Einführung der 100-prozentigen Bezahlung der Dienstleistungen im Wohnungs- und Kommunalsektor teilnehmen?



Kommentar

Die Rentenreform. Anlass zu vollauf berechtigter Sorge

Von Jewgenij Jasin, Higher School of Economics, Moskau

Eine Reihe grundlegender Probleme führen zu einer stetigen Verschärfung der Krise des russischen Rentensystems:

1. Russland hat eines der niedrigsten Renteneintrittsalter der Welt, 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen. Ein niedrigeres Alter haben nur Bolivien (55 bzw. 50 Jahre) und Singapur (55 Jahre).

2. Die Bevölkerung altert rapide. Im Jahre 1939 betrug der Anteil von Menschen im Rentenalter an der Bevölkerung 8,6%, 1970 15,4% und 2004 schon 20,3%. Den Prognosen der Demographen zufolge wird dieser Indikator im Jahre 2025 bereits 27,6% und 2050 sogar 36,1% betragen. Auf 1.000 Personen im arbeitsfähigen Alter entfielen im Jahre 2000 bereits 346 Menschen im Rentenalter. Im Jahr 2020 wird sich diese Zahl auf 465 erhöhen und 2050 werden es bereits 741 sein. Wenn in Russland das international übliche Rentenalter von 65 Jahren eingeführt würde, so würde diese Zahl nur 181, 216 bzw. 341 betragen. Dabei muss die durchschnittliche Lebensdauer nach Erreichen des Rentenalters berücksichtigt werden (siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite).

3. Das Verhältnis der durchschnittlichen Rente zum durchschnittlichen Einkommen (der Substitutionskoeffizient) verringert sich in Russland in den letzten Jahren rapide. 1998 entsprach die durchschnittliche Rente noch 37,9% des durchschnittlichen Einkommens. 2004 war dieser Substitutionskoeffizient bereits auf 28,0% gesunken. Nach Schätzungen des Russischen Rentenfonds wird er nun von 25,4% im Jahr 2005 auf 21,7% im Jahr 2010 und 12,1% im Jahr 2020 zurückgehen. Um den Substitutionskoeffizienten bis dahin auf dem heutigen Niveau zu halten, müssten die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt mindestens verdoppelt werden.

In anderen Worten wird bis zum Jahr 2020, wenn sich nichts ändert, entweder das staatliche Rentensystem praktisch liquidiert worden sein, oder es müssen bis zu 1,4% des Bruttoinlandsproduktes aufgewandt werden, um das Defizit des Russischen Rentenfonds abzudecken.

4. Damit Menschen, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Rente gehen, privat eine mehr oder weniger anständige Rente ansparen können, hätte bereits

gestern gehandelt werden müssen. In Russland gibt es praktisch keine privaten Vermögen, die langfristig in großem Umfang an den Finanzmärkten angelegt werden könnten, um später private Renten zu finanzieren.

Ernsthafte Diskussionen einer Rentenreform begannen in Russland im Jahr 1997. Damals kam man zu dem Schluss, dass das beste System das chilenische Rentensystem sei, das sich auf untereinander konkurrierende nicht-staatliche Rentenfonds stützte, dass dieses System aber nicht eins zu eins auf Russland übertragen werden könnte.

2001 wurde dann ein Gesetzespaket angenommen, das die Grundzüge der Rentenreform definierte. Anschließend begannen die Vorbereitungen für die Umsetzung der Reform. 2003 gab es zwischen dem Russischen Rentenfonds und den Finanzdienstleistern, die damit rechneten, private Rentengelder zu verwalten zu dürfen, Diskussionen darüber, wie die Rollen bei der Verwaltung dieser Gelder verteilt sein sollten.

Im Endergebnis waren nur ungefähr 5% der Inhaber von Rentensparkonten bereit, ihr Geld privaten Firmen zu überlassen. Die restlichen Mittel des Russischen Rentenfonds wurden der staatlichen Vneshekonombank zur Vermögensverwaltung übergeben. Und dies, obwohl staatliche Institutionen Mittel nur in staatliche Wertpapiere mit geringer Rendite investieren dürfen, was bei der heutigen Inflationsrate den zukünftigen Rentnern reale Verluste einbringt. Trotzdem versprochen die Aktivitäten aller Beteiligten anscheinend einen schnellen Fortschritt.

Sowohl im Gesetz als auch bei den folgenden Debatten wurden allerdings einige zentrale Faktoren nicht berücksichtigt:

1) Eine Absenkung der Einheitlichen Sozialsteuer, die die Rentenversicherungszahlungen aller abhängig Beschäftigten umfasst, bedeutet eine erhebliche Reduzierung der Einnahmen des Russischen Rentenfonds. Zum Jahresbeginn wurde der Satz der Einheitlichen Sozialsteuer von 35,7% auf 26% verringert. Wenn man die angewandte regressiv Skala berücksichtigt, sind es tatsächlich ungefähr 24% des Bruttolohns, die in die Sozialkassen fließen.

2) Eine mögliche Änderung des Rentenalters wird nicht diskutiert. Vor den Wahlen gilt es als unanständig, daran auch nur zu denken;

3) Die Notwendigkeit, dass die Bürger selbst einen merklichen Beitrag zur eigenen Rente ansparen (ebenso wie Arbeitgeber und Staat) wird ebenfalls ausgeblendet. Ohne diesen Beitrag wird die Ansparung von Renten in einigermaßen akzeptablem Umfang jedoch entweder kaum möglich sein oder zu einer übermäßigen Belastung für die Wirtschaft.

Ursprünglich wurde angenommen, dass die Bürger der Jahrgänge 1953 bis 1967 privat 2% ihres Einkommens für ihre Rente ansparen, während die Jahrgänge nach 1967 6% hierfür aufwenden. Als klar wurde, dass dies nicht realistisch ist, wurden die Jahrgänge 1953–1967 aus der Rentenreform ausgeschlossen, womit die gesamte Reform in Frage gestellt wurde.

Im Mai 2004 wurde auf dem gemeinsamen Rat des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung und des Finanzministeriums der wichtige Vorschlag gemacht, eine „weiche“ Erhöhung des Rentenalters zu implementieren und für Arbeitnehmer einen eigenen Rentensparbeitrag von 4% des Einkommens festzulegen. Im Folgenden paralyisierten aber die Monetarisierung der sozialen Vergünstigungen und die darauf folgende Protestwelle die Rentenreform, wie auch eine Reihe weiterer Sozialreformen und schuf damit einen negativen Präzedenzfall, der das Misstrauen der Bevölkerung steigerte und in vielerlei Hinsicht die Ergebnisse der vorangegangenen Arbeit zunichte machte.

Im Augenblick gibt nur die Initiative des Föderalen Dienstes für Finanzmärkte Anlass zur Hoffnung, dass eine neue Phase der Rentenreform beginnen könnte. Dieser Vorschlag sieht vor, dass die Mittel des Rentenfonds in Aktien und Obligationen russischer Firmen angelegt werden. Allerdings geben die bisherigen Lehren der Rentenreform Anlass zu vollauf berechtigter Sorge.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Heiko Pleines*

Tabelle 1: Durchschnittliche Lebensdauer nach Erreichen des jeweiligen Renteneintrittsalters (in Jahren)

Land	Männer	Frauen
Russland	14,0	23,0
USA	16,3	19,2
Deutschland	15,6	19,3
Japan	17,0	21,9
Frankreich	20,0	26,0

Chronik

Chronik vom 1. bis zum 19. Januar 2006

1.1.2006	Russland übernimmt von Großbritannien den Vorsitz bei der G-8, der Gruppe der acht führenden Industrieländer.
2.1.2006	Gazprom stellt die Gaslieferungen nach Moldowa ein, da es bisher nicht zum Abschluss eines neuen Liefervertrages gekommen ist. Gazprom fordert einen Preis von 160 US\$ pro 1.000 Kubikmeter. Bisher betrug der Preis 80 US\$.
3.– 4.1.2006	Alexej Miller, der Vorstandsvorsitzende von "Gazprom", und Oleksi Iwtschenko von "Naftogaz Ukrainy" unterzeichnen einen Vertrag, nach dem sich Gazprom verpflichtet, an Naftogaz Ukrainy in den nächsten fünf Jahren Erdgas zum Preis von 230 US\$ pro 1.000 Kubikmetern zu liefern. Die Lieferung erfolgt vorläufig über "RosUkrEnerg", ein joint venture von Gazprom und der Raiffeisenbank Österreich, das das Gas seinerseits zum Preis von 95 US\$ an Naftogaz weitergibt. Die Differenz wird durch die Einspeisung von billigem turkmenischen Erdgas abgedeckt. Der Preis, den die Ukraine in Zukunft für den Transfer von russischem Erdgas nach Westen erhält, wird von 1,09 auf 1,60 US\$ pro 100 km angehoben.
3.– 12.1.2006	Südwestlich von Bujnaxk (Dagestan) gehen Sicherheitskräfte in einer umfassenden Operation gegen eine Guerillagruppe vor.
5.1.2006	Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Einbürgerung von Bürgern früherer Sowjetrepubliken vereinfacht.
5.1.2006	Wladimir Antosii, der Industrieminister von Moldowa, teilt mit, dass die Ukraine Moldowa mit Erdgas versorgen wird, bis Moldowa und Gazprom sich über neue Lieferverträge geeinigt haben.
9.1.2006	Das Schweizer Oberste Gericht verweigert die Herausgabe von Bankunterlagen, die von der russischen Justiz im Zusammenhang mit dem Fall Jukos angefordert werden. Das Gericht begründet dies damit, dass das von russischer Seite vorgelegte Material keinen ausreichenden Tatverdacht rechtfertigt.
9.1.2006	Der Volkswagen-Konzern kündigt an, dass er in Stupino bei Moskau ein Werk errichten will, in dem Škoda-PKW's montiert werden sollen. Das Werk soll auf eine Kapazität von 250.000 Kraftwagen pro Jahr ausgelegt werden.
10.1.206	Präsident Putin unterzeichnet die Novelle zum Gesetz über die nichtkommerziellen Organisationen, die den Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen erheblich einengt. Das Gesetz tritt damit am 10. April 2006 in Kraft.
11.1.2006	In der Moskauer Synagoge an der "Bolschaja Bronnaja" greift ein zwanzigjähriger Moskauer die Besucher der Synagoge mit einem Messer an. Acht Personen werden verletzt, vier davon müssen ins Krankenhaus eingeliefert werden.
11.1.2006	Präsident Putin nimmt in Astana an der Amtseinführung des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew teil. Am Rande der Feierlichkeiten trifft er mit dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko zusammen und erörtert mit ihm das russisch-ukrainische Energieabkommen. Beide Präsidenten loben die Übereinkunft ausdrücklich.
11.1.2006	In Moskau beginnt der Prozess wegen des Mordes an dem russisch-amerikanischen Journalisten Paul Khlebnikov.
11.1.2006	Die "Stiftung zur Verteidigung von Glasnost" in Moskau legt ihren Jahresbericht über den Stand der Medienfreiheit vor. Nach dem Urteil der Stiftung gibt die Situation der Presse in Russland nach wie vor zu Besorgnis Anlass.
11.1.2006	Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück führt in Moskau Gespräche über Finanz- und Wirtschaftsfragen. Ein wichtiges Thema ist Russlands Absicht, seine Schulden gegenüber Deutschland vorzeitig zurückzuzahlen.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

12.1.2006	Die in staatlicher Hand befindliche Wneschtorgbank erwirbt für geschätzte 330 Mio. Euro die Promyschlenno-stroitelny bank, eine der zehn größten Geschäftsbanken Russlands.
12.1.2006	Präsident Putin erörtert bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan und der Ukraine, Nasarbajew und Juschtschenko, in Astana eine Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearenergie.
13.1.2006	Der ukrainische hydronavigatorische Dienst nimmt einen Leuchtturm des hydronavigatorischen Dienstes der russischen Schwarzmeerflotte in Jalta gegen den Willen der russischen Seite in Besitz.
15.1.2006	Ein Fahrzeug der Sicherheitskräfte wird in Tschetschenien durch eine fern gezündete Bombe zerstört. Vier Soldaten werden getötet.
15.1.2005	Putin empfängt Joseph Blatter, den Vorsitzenden des Weltfußballverbandes FIFA, und führt mit ihm Gespräche über sportpolitische Fragen.
16.1.2006	Putin empfängt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem Antrittsbesuch und erörtert mit ihr u.a. die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen der Energiesicherheit.
16.1.2006	Nach dem Treffen mit Putin empfängt Angela Merkel Vertreter russischer Menschenrechtsgruppen und oppositioneller Parteien in der deutschen Botschaft in Moskau.
16.1.2006	Moskau ist von einer Kältewelle betroffen. Die Temperaturen sinken zeitweise bis auf 32 Grad unter Null. Der Strommonopolist EES Rossii reduziert die Stromlieferungen für mehr als 250 Industriebetriebe in Moskau und im Moskauer Gebiet, um einen Zusammenbruch des Stromnetzes wegen Überlastung zu vermeiden. Schulen und öffentliche Gebäude werden für zwei Tage geschlossen.
16.1.2006	Gazprom einigt sich mit Moldowa auf die Wiederaufnahme der Erdgaslieferungen zum Preis von 110 US\$ pro 1.000 Kubikmeter für die nächsten vier Monate. In dieser Zeit soll eine dauerhafte Einigung gefunden werden.
17.1.2006	Die Europäische Entwicklungsbank und die Internationale Finanzgesellschaft IFC gewähren den Aluminiumunternehmen "Rusal" und "Sual" einen Kredit für das Projekt "Komi Aluminium" in Höhe von 75 Mrd. US\$, nachdem die Unternehmen ihre Eigentumsstrukturen offen gelegt haben. Danach gehört "Rusal" zu 100% Oleg Deripaska.
17.1.2006	Eine hochrangige israelische Delegation trifft in Moskau ein, um mit der russischen Regierung die Situation im Iran zu erörtern. Der Delegation sollen u.a. Giora Eiland, der Vorsitzende des israelischen Sicherheitsrates, und Gideon Frank, der an der Spitze der Atomenergiekommission Israels steht, angehören.
18.1.2006	Die Moskauer Sicherheitsbehörden durchsuchen die Büros der "Meshotraslewy promyschlenny bank" und der "Marketingbank" und verhaften führende Mitarbeiter unter dem Verdacht, an illegalen Importen von Konsumgütern beteiligt zu sein.
18.1.2006	Human Rights Watch publiziert seinen Jahresbericht (http://hrw.org/wr2k6/wr2006.pdf). Darin wird die Zunahme autoritärer Tendenzen in Russland kritisiert.
18.1.2006	Im Rahmen einer Sonderoperation wird Supjan Abdulajew, ein führender Vertreter des Wahhabismus in Tschetschenien, von Sicherheitskräften in der Region Schali getötet.
19.1.2006	Aufgrund der extrem kalten Witterung werden in Moskau weitere Regelungen zur Einsparung von Energie getroffen. U.a. allem sollen alle Bauarbeiten eingestellt werden, bei denen Strom zur Beheizung von Baustellen und Baumaterial eingesetzt werden.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Neu: Ukraine-Analysen

Die Ukraine steht politisch und wirtschaftlich an einem Wendepunkt. Politisch ist sie zwischen einer Westorientierung mit Anbindung an die EU und einer Ostorientierung mit Integration in die von Russland dominierte GUS gespalten. Es ist noch unklar, ob die orangene Revolution zu einer deutlichen Annäherung an die EU führen wird. Wirtschaftlich hat sich der Boom der Vorjahre 2005 deutlich abgeschwächt und es stellt sich die Frage, ob die Ukraine durch Restrukturierungen und Wirtschaftsreformen eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufholprozesses gegenüber den neuen EU Mitgliedsländern erreichen kann.



Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung der Otto-Wolff-Stiftung Hintergrundanalysen heraus. Diese „Ukraine-Analysen“ sollen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und interessierte Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Jede Ukraine-Analyse bietet eine kurze Analyse zu einem aktuellen Thema der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes. Ergänzt wird die Analyse mit Tabellen und Grafiken. Zusätzlich gibt es regelmäßig Kommentare und Hintergrundinformationen zu aktuellen Ereignissen sowie jeweils eine Chronik mit den wichtigsten Geschehnissen der vergangenen Wochen. Die Ukraine-Analysen orientieren sich damit am erfolgreichen Konzept der Russlandanalysen.

Die Ukraine-Analysen werden ab Februar 2006 an jedem zweiten und vierten Dienstag im Monat erscheinen. Sie werden auf Anforderung unentgeltlich elektronisch als pdf-Datei versandt.

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort UkraineAnalysen in der Betreffzeile an fsopr@uni-bremen.de

Publikationsreferat
Forschungsstelle Osteuropa
Klagenfurter Str. 3
28359 Bremen

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
internet: www.forschungsstelle-osteuropa.de